

Geschützt und doch gefährdet

MULTINATIONALE KONZERNE UND PRIVATE SICHERHEIT

Multinationale Konzerne (multinational corporations – MNCs) sind Hauptabnehmer von Sicherheitsdienstleistungen, dank derer sie ihr Eigentum, ihre Vermögenswerte und ihre Belegschaft schützen können. Die privaten Sicherheitsfirmen (private security companies – PSCs) sehen sich indes aufgrund von Anschuldigungen, sie hätten in Konfliktgebieten Menschenrechte verletzt, zunehmender Kontrolle ausgesetzt. Von MNCs angestellte, private Sicherheitskräfte waren an Vorfällen mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen und bewaffneter Gewalt beteiligt, obwohl mangelnde Informationen es schwierig machen, solche Vorkommen zu beurteilen. Der Einsatz von PSCs durch MNCs ist bislang kaum erforscht.

MNCs, die auf private Sicherheitskräfte setzen, haben es mit zahlreichen Herausforderungen in Bezug auf deren Einsatz zu tun. Ihre Kontrolle über das Sicherheitspersonal weist je nach Kontext bedeutende Unterschiede auf. In konfliktbetroffenen oder ehemals konfliktbetroffenen Regionen ist es für MNCs oft nicht einfach, diszipliniertes und gut ausgebildetes Sicherheitspersonal zu finden, das nicht am Konflikt beteiligt war. Mangelnde Beaufsichtigung und Steuerung von privaten Sicherheitskräften verursachen Verantwortlichkeitslücken und potenzielle Interessenskonflikte.

Mängel bei der Steuerung und Lücken bei der Beaufsichtigung können den Boden für Gewalt bereiten.

Im Fokus von Kapitel 5 stehen einige der Probleme, die im Zusammenhang mit dem Einsatz von privaten Sicherheitskräften durch MNCs und dem damit assoziierten Missbrauch von Gewalt oder Waffen auftreten. Vom Standpunkt einiger Unternehmen der Rohstoffindustrie aus werden die Bedingungen, unter denen MNCs private Sicherheitskräfte einsetzen und die, unter denen PSCs bei ihrem Einsatz für MNCs Gewalt oder Waffen missbrauchen könnten, analysiert. Ferner werden existierende Mechanismen, sowohl legale als auch sonstige, durch die MNCs bezüglich ihres Einsatzes von PSCs zur Rechenschaft gezogen werden können, überprüft.

Zentrale Herausforderungen beim Einsatz privater Sicherheitskräfte durch MNCs

Die mangelnde Erforschung des Einsatzes privater Sicherheitskräfte durch MNCs verhindert die umfassende Analyse einer spezifischen Industrie, Umgebung oder Region. Doch die Recherchen für dieses Kapitel geben Aufschluss über wesentliche Merkmale dieser Art der Sicherheitsleistung sowie über die Faktoren, welche den Missbrauch bewaffneter Gewalt durch PSCs ermöglichen. Im Kapitel wird gezeigt, dass während der Einsatz betriebsinterner Sicherheitskräfte den MNCs eine bessere Beaufsichtigung der bzw. Kontrolle über die Aktivitäten des Sicherheitspersonals ermöglicht, er einen Betrieb auch darin behindern kann, angemessen zu reagieren, wenn das Sicherheitspersonal an unvorschriftsmäßiger Gewaltanwendung beteiligt ist.

Der Einsatz privater Sicherheitskräfte im Gegensatz zu öffentlichen Sicherheitskräften stellt MNCs ebenfalls vor Herausforderungen. Sie greifen vermutlich auf private Sicherheitsfirmen zurück, da sie die Kontrolle über die Dienstleistung aufgrund der bestehenden vertraglichen Vereinbarungen als wirksamer erachten. In diesem Kapitel wird jedoch festgestellt, dass der Grad an Kontrolle, die MNCs über private Sicherheitskräfte haben, keine gegebene Tatsache ist, sondern je nach Situation sehr unterschiedlich ausfallen kann. Ferner setzen MNCs möglicherweise auf private Sicherheitskräfte, damit sie in Ländern, in denen Polizei oder Armee unzuverlässig oder machtlos sind, oder gegen Menschenrechte verstoßen haben, nicht auf öffentliche Sicherheitskräfte zurückgreifen müssen. Nichtsdestoweniger kann sich die Grenze zwischen öffentlicher und privater Sicherheitsdienstleistung verwischen, etwa wenn öffentliche



Ein Wachmann ist an einem Bohrturm von ExxonMobil postiert, Kome, Süd-Tschad. © Tom Stoddart/Getty Images



Ein ausländischer Sicherheitsauftragnehmer bewacht einen Bohrplatz der norwegischen Ölgesellschaft DNO im Nord-Irak, November 2005.
© Safin Hamed/AFP Photo

Kräfte, die erwiesenermaßen Menschenrechte missachten, private Sicherheitskräfte rekrutieren, oder durch komplizierte Vereinbarungen über die Zusammenarbeit beider Seiten zum Schutz von MNCs, oder wenn Militärpersonal zur Bewachung privaten Eigentums eingesetzt wird und es Zugang zu Schusswaffen hat. Diese Faktoren können sowohl zur Straffreiheit für PSC-Personal beitragen als auch zur Unterhöhnung des öffentlichen Vertrauens in MNCs und ihre Sicherheitsdienstleister.

Regulatorischer Rahmen und weitere Ansätze zur Rechenschaftspflicht

Die gesetzliche Regulierung von PSCs ist auf nationaler Ebene im Allgemeinen schwach ausgeprägt und auf internationaler Ebene gar nicht vorhanden, was zur Gründung internationaler Initiativen geführt hat, die sich mit dem Verhalten privater Sicherheitsauftragnehmer befassen und deren Verantwortungsbereich völkerrechtlich definieren. Hier sind das Montreux-Dokument zu nennen, das die existierenden gesetzlichen Verpflichtungen, die für Staaten im Hinblick auf humanitäres Völkerrecht und internationale Menschenrechtsgesetzgebung bestehen, in puncto Auftragsvergabe und Regulierung von PSCs vereinheitlicht, und der Internationale Verhaltenskodex für Private Sicherheitsdienstleister (International Code of Conduct for Private Security Providers – ICoC), der Verhaltensstandards für PSCs bei der Gewaltausübung und der Meldung von Vorfällen festlegt.

Es gibt keine internationalen Rechtsnormen für Menschenrechte, die speziell auf MNCs, ihren Betrieb oder ihre Joint-Venture-Partner (wie etwa PSCs) bezogen sind, obwohl Menschenrechtsgruppen immer wieder solche Standards fordern. Es ist schwierig, Unternehmen für den Missbrauch von Gewalt oder Waffen durch Angestellte völkerrechtlich haftbar zu machen und nur wenige Länder scheinen über eine spezifische Gesetzgebung für den Einsatz privater Sicherheitskräfte durch MNCs zu verfügen. Während nationales Recht einen möglichen Zugang dazu eröffnet, Konzerne zur Rechenschaft zu ziehen, bleiben wesentliche Hindernisse bestehen.

Die wichtigste unverbindliche Rechtsinitiative zum Einsatz privater Sicherheitskräfte durch MNCs sind die Freiwilligen Grundsätze zur Wahrung der Sicherheit und der Menschenrechte (Voluntary Principles on Security and Human Rights – VPs), die für die mineralgewinnende Industrie entworfen wurden und eine Richtlinie für die Erhaltung der Sicherheit des Betriebs bei gleichzeitiger Einhaltung der Menschenrechte bieten sollen. Trotz einiger Schwächen könnten die Freiwilligen Grundsätze ein wichtiges Element bei der Beschäftigung mit den Herausforderungen, denen sich MNCs beim Einsatz privater Sicherheitskräfte ausgesetzt sehen, darstellen. Gemeinsam mit dem Internationalen Verhaltenskodex und dem Montreux-Dokument sind sie Teil eines neu entstehenden Regelwerks, das sich sowohl auf das erwartete Verhalten von PSCs als auch auf das ihrer Auftraggeber bezieht.

Der Internationale Verhaltenskodex, das Montreux-Dokument und die Freiwilligen Grundsätze könnten sich gegenseitig verstärken.

Diese Initiativen können internationales oder nationales Recht nicht ersetzen. Die Effektivität des Internationalen Verhaltenskodexes wird teilweise von der Leistungsfähigkeit seiner noch zu entwerfenden Rechenschaftsmechanismen abhängen, die die Überwachung und den Aufbau von Industriekapazitäten zur Implementierung von Standards ermöglichen sollen. Ebenso wird die Legitimität der Freiwilligen Grundsätze zum großen Teil von einer weitreichenden Akzeptanz ihrer Standards und einer angemessenen Kapazität zur Überwachung von Compliance-Grundsätzen und zur Sanktionierung von Nicht-Compliance abhängen. Es liegt im Interesse von MNCs, auf den Erfolg dieser Initiativen hinzuarbeiten und die Standards, die sie fördern, zu unterstützen. ■